

Fachbereich II	Drucksachen-Nr.	20/2037/1
----------------	-----------------	-----------

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzungstermin	
Familienausschuss	08.06.2020	

Beschlussvorlage

Bürgerantrag - Anregung gemäß § 24 GO "Sichere Häfen"

Frau Marianne Schwan stellt in ihrer Anregung gemäß § 24 GO den folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen

1. Sich der bundesweiten Initiative „Sichere Häfen“ anzuschließen und
2. 25 alleinstehende Frauen sowie 25 unbegleitete Minderjährige aus den überfüllten Lagern im Osten Griechenlands zu uns einzuladen.

Die Begründung entnehmen Sie bitte der beigefügten Anregung von Frau Schwan.

Der Rat der Gemeinde Nümbrecht beschließt in seiner Sitzung am 18.02.2020, die Anregung „Sichere Häfen“ in den Familienausschuss als zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundlagen für die Aufnahme der Frauen und Kinder in der Sitzung des Familienausschusses vorzustellen und eine Resolution als symbolische Handlung inhaltlich abzustimmen und auf den Weg zu bringen.

Seit Mitte 2015 hat die Gemeinde Nümbrecht insgesamt 370 Geflüchtete aufgenommen.

Viele Asylsuchende wurden zwischenzeitlich anerkannt, sind erwerbstätig und gesellschaftlich integriert.

Die Zahl der (noch) nicht anerkannten Flüchtlinge beträgt seit Mitte 2018 relativ konstant ca. 125 Personen.

Seit Beginn der Flüchtlingskrise 2015 bis heute engagieren sich viele Nümbrechter Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich in der Begleitung und Betreuung dieser Menschen.

Die Integration allein reisender Frauen bedeutet dabei eine besondere Herausforderung, da die Sozialisation von Mädchen und Frauen in den Herkunftsländern meist ausschließlich im Familienverbund erfolgt und eine eigenständige Lebensführung hierbei nicht eingeübt wird. Auch Betreuungsangebote einheimischer Mitbürger*innen werden, wenn überhaupt, nur zögerlich angenommen. Meist suchen diese Frauen den Kontakt zu Landsleuten und verlegen

Beteiligte Dienststellen (Sichtvermerk)

FBL II

Bürgermeister

ihren Lebensmittelpunkt häufig in Orte, in denen bereits Menschen aus ihrer Heimat wohnen.

Die Aufnahme von 25 Frauen würde daher eine enorme Herausforderung für die Betreuungseinrichtungen der Kommune bedeuten, sowohl für die hauptamtlichen als auch die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Daher empfiehlt die Verwaltung, in diesem Zusammenhang die Aufnahme von 10 Frauen zu signalisieren.

Die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen liegt in der Hand des Oberbergischen Kreises.

Diese jungen Menschen werden durch das Jugendamt in Obhut genommen und in entsprechenden Einrichtungen oder in Pflegefamilien untergebracht.

Hier sollte entsprechendes Signal gegenüber dem Oberbergischen Kreis erfolgen, das unbegleitete minderjährige in der Gemeinde Nümbrecht willkommen sind.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag erfolgt in Anlehnung an die Formulierung des Bündnisses „Sichere Häfen“, das am 14.09.2019 gegründet wurde und mit dem sich zwischenzeitlich deutschlandweit 154 Kommunen solidarisch erklärt haben.

Beschluss:

1. Die Gemeinde Nümbrecht bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen und in unserer Gemeinde Schutz zu gewähren, die durch Krieg, Verfolgung und anderer Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Europa bzw. Deutschland Zuflucht suchen.
2. Als Zeichen der Menschlichkeit und des andauernden Engagements unserer Gemeinde und ihrer Bürgerinnen und Bürger erklärt der Gemeinderat Nümbrecht zu einem „sicheren Hafen“ für schiffbrüchige Geflüchtete. Als sicherer Hafen ist die Gemeinde Nümbrecht bereit und in der Lage, im Rahmen ihrer Möglichkeiten aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und unterzubringen.
Alle dazu notwendigen Ressourcen, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung sind von Bund und Land NRW zur Verfügung zu stellen.
Darüber hinaus wird dem Oberbergischen Kreis als zuständige Behörde für die Aufnahme und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten signalisiert, dass unbegleitete Minderjährige in Nümbrecht willkommen sind.
3. Die Gemeinde Nümbrecht fordert die Bundesregierung, die Landesregierung NRW sowie die zuständigen Behörden auf, bis zur Vereinbarung einer humanitären EU-weiten Aufnahmeregelung für aus Seenot gerettete Geflüchtete, zusätzliche Aufnahmeplätze in Deutschland anzubieten. Städten und Gemeinden, die sich dazu freiwillig bereiterklären, solle es dabei künftig ermöglicht werden, diese Menschen direkt aufzunehmen. Wir fordern darüber hinaus die Schaffung eines EU-Förderprogramms zur besonderen Unterstützung von Kommunen, die sich um die Aufnahme Geflüchteter aktiv bewerben.